

VILLES  
REGIONS

**CAPITAL**ES

CITIES  
REGIONS

---

The Urban Dimension  
of European Policy



**Cities for Cohesion**

## Capital Regions and Cities – Cities for Cohesion networks

### Gemeinsame Position zum Dritten Kohäsionsbericht

## **Einleitung**

Die informellen Netzwerke "Capital Regions and Cities" und "Cities for cohesion" haben sich entschlossen, ein gemeinsames Positionspapier zum Dritten Kohäsionsbericht, verabschiedet durch die Europäische Kommission am 18. Februar 2004, zu veröffentlichen.

- Wir begrüßen den Inhalt und die wesentlichen Vorschläge des Berichts, der für eine ehrgeizige EU-Kohäsionspolitik eintritt, die sich auf die weniger entwickelten Regionen konzentriert, aber auch Interventionen in der gesamten Europäischen Union gewähren will.
- Zudem begrüßen wir den Titel, den Kommissar Michel Barnier diesem Dokument gegeben hat: "Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion". Dieser zielt klar auf eine größere Einbeziehung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in die Umsetzung dieser Politik.
- Die vorgeschlagenen Förderziele „Konvergenz“, „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sowie „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ entsprechen einer ehrgeizigen EU-Kohäsionspolitik, die über Interventionen in ausschließlich weniger entwickelten Regionen und Staaten hinausgeht. Dies ist eine positive Botschaft an alle europäischen Bürgerinnen und Bürger im erweiterten Europa.
- Darüber hinaus begrüßen wir die Anerkennung der gebietsspezifischen Charakteristika der Städte und städtischen Ballungsräume als „Zentren der wirtschaftlichen Entwicklung“, die sich zugleich „Problemen, verbunden mit Umweltbelastungen, sozialer Ausgrenzung und wirtschaftlicher Umstellung“ gegenüber sehen.
- Wir sind erfreut darüber, im neuen Förderziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ innerhalb des mainstreams einen Vorschlag zugunsten von Strukturfondsinterventionen in Stadtgebieten und die Einbindung des städtischen Schwerpunktes in die Regionalprogramme durch URBAN+ zu finden.
- Wir begrüßen die von der Kommission vorgeschlagene Vereinfachung durch den Monofondsansatz in den neuen Förderzielen.

In den unten aufgeführten Dokumenten haben wir bereits Argumente für eine ambitionierte EU-Regionalpolitik im Kontext der Umsetzung der Strategien von Lissabon und Göteborg dargelegt und das Erfordernis verstärkter Interventionen in städtischen Ballungsgebieten herausgestellt:

- Cities for cohesion - Juni 2002 : "10 key principles for the urban dimension of a regional policy"
- Capital Regions and Cities Network – Januar 2003 : "Memorandum of Capital Regions / Cities in the context of future European regional policy : for an urban dimension post 2006"
- Cities for cohesion – Juni 2003 : "A stronger EU intervention in urban areas"

## Anmerkungen aus städtischer Perspektive

Während es in den vergangenen Jahren einen Trend in der europäischen Regionalpolitik hin zur Anerkennung der Besonderheiten städtischer Gebiete gab, sind die Strukturfondsinterventionen in städtischen Gebieten, wie von Kommissar Barnier wiederholt festgestellt, weiterhin ungenügend.

Der thematische Ansatz, wie im Bericht dargelegt, stellt eine geeignete Antwort auf die Herausforderungen dar, denen wir uns gegenüber sehen. Wie meinen, dass die Lissabon-Strategie die Unterstützung regionaler Wettbewerbsfähigkeit verlangt, wie als Priorität für die künftige EU-Regionalpolitik vorgeschlagen. Die drei Themen „Innovation und wissensbasierte Wirtschaft“, „Zugänglichkeit und Leistungen der Daseinsvorsorge“ sowie „Umwelt und Risikoprävention“ decken sich mit unseren Gedanken. Wie in den vorangegangenen Positionspapieren dargelegt, würden wir für städtische Interventionen plädieren, die einen kombinierten Ansatz, basierend auf Chancen und Bedürfnissen, verfolgen.

Der Dritte Kohäsionsbericht geht auf unsere Bedenken bezüglich der Zukunft städtischer Interventionen ein. Jedoch besteht einiger Klärungsbedarf.

- **Regionalbudgets und Good Governance**

Auch wenn der Dritte Kohäsionsbericht klarstellt, dass die Verteilung des finanziellen Volumens auf nationaler Ebene anhand von Indikatoren mit Bezug auf nationale Wirtschaftsleistung, soziale und territoriale Gegebenheiten erfolgen soll, ist nicht weiter dargelegt, wie die gebietsspezifische Mittelverteilung auf sub-nationaler Ebene erfolgen soll.

Wir empfehlen die Entwicklung eines Rahmens für die Verteilung der regionalen Budgets, einschließlich URBAN+, basierend auf gemeinsamen europäischen sozio-ökonomischen und umweltrelevanten Indikatoren sowie unter Einbeziehung inner-regionaler Disparitäten. Solche Disparitäten, insbesondere in städtischen Ballungsgebieten, sind durch den Dritten Kohäsionsbericht anerkannt worden.

Weiterhin rufen wir dazu auf, regionale und lokale Behörden stärker am Entscheidungsprozess zu beteiligen, und zwar von der Erstellung bis zur Umsetzung der regionalen Programme, einschließlich der Entscheidungen über die Mittelverteilung.

- **Urban +**

Wir begrüßen die Feststellung des Dritten Kohäsionsberichtes, dass angesichts der Rolle, die Städte bei Förderung der Regionalentwicklung spielen, künftig die Berücksichtigung einer größeren Anzahl als die gegenwärtig durch URBAN II geförderten 70 Städte erforderlich ist.

Dennoch bleibt die Frage offen, ob die Themen, die unter URBAN+ förderfähig sein sollen, auf dem für das Ziel 2 vorgeschlagenen thematischen Ansatz basieren oder ob sie Urban II fortsetzen und damit auch dem Austausch guter Praxis in der städtischen Dimension des Ziels 2 Rechnung tragen.

Der Europäische Mehrwert kann maximiert werden, wenn sich die Regionalpolitik auf städtische Gebiete und ihre Schlüsselrolle bei der Entwicklung der EU konzentriert. Mehr noch, da sich städtische Ballungsräume gleichgelagerten Problemen gegenüber sehen, meinen wir, dass der Austausch guter Praxis und der Transfer von know-how durch einen URBACT-ähnlichen Ansatz ein unschätzbbares Instrument zur Förderung des Zusammenhalts im erweiterten Europa ist. Dafür ist eine angemessene finanzielle Ausstattung notwendig.

- **Städtische und ländliche Entwicklung**

Es gibt einen hohen Grad an gegenseitiger Abhängigkeit zwischen städtischer und ländlicher Entwicklung. Deshalb sollte sich der künftige Fonds zur ländlichen Entwicklung innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik an das Verhältnis zwischen städtischen und ländlichen Gebieten wenden und integrierte Maßnahmen erlauben.

- **Das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“**

Die Netzwerke „Cities for cohesion“ und „Capital Regions and Cities“ begrüßen das Anerkenntnis der europäischen Zusammenarbeit als spezifisches Ziel der künftigen Regionalpolitik, basierend auf den Erfahrungen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG. Zusammenarbeit in ganz Europa ist essentiell, um Grenzen zu überwinden und den Zusammenhalt in Europa durch die Entwicklung gemeinsamer Initiativen und Strategien mit europäischem Mehrwert zu fördern. Da die laufenden INTERREG Programme in ihrer Abwicklung sehr schwierig sind, plädieren wir für eine stärkere Vereinfachung der Verwaltungsverfahren.

Weiterhin empfehlen wir, die interregionale Zusammenarbeit, die derzeit durch INTERREG III C umgesetzt wird, in das künftige Ziel der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ einzubeziehen, anstatt es, wie von der Kommission vorgeschlagen, in den Mainstream der Ziele 1 und 2 zu integrieren. Die Beibehaltung der Ausrichtung Interreg III C, wie sie derzeit umgesetzt wird, würde eine größere Sichtbarkeit erzeugen und allen europäischen Regionen eine Teilnahme an der Zusammenarbeit erlauben.

- **Die Beschäftigungsstrategie auf lokaler und regionaler Ebene**

Die regionalen und lokalen Behörden spielen eine Schlüsselrolle in der Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie und beim Erreichen der Lissabon-Ziele.

Angesichts ihrer Nähe zum Arbeitsmarkt sollten lokale und regionale Behörden eng in die Programmierung und Umsetzung des Europäischen Sozialfonds einbezogen werden. Während wir zur Kenntnis nehmen, dass der ESF weiterhin hauptsächlich durch nationale Programme umgesetzt werden soll, sprechen wir uns dafür aus, in den Verordnungsvorschlägen der Kommission das Element der Partnerschaft einzufügen. Diese Partnerschaft ist ganz wesentlich in den Bereichen, in denen lokale und regionale Behörden Kompetenzen im Bereich der Beschäftigungspolitik besitzen.

- **Finanzausstattung**

Der Prozentsatz von 0,41% des EU-Bruttonationaleinkommens, wie von der Europäischen Kommission für die Regionalpolitik vorgeschlagen, scheint uns mit Blick auf die bisher ungekannten Herausforderungen und Möglichkeiten sowie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt des erweiterten Europas sehr vernünftig. Wir empfehlen mit Nachdruck, die Finanzausstattung für die künftige Regionalpolitik auf diesem Niveau zu verabschieden.

*Die Verteilrelation zwischen den drei künftigen Förderzielen, 78% für Konvergenz, 18 % für Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie 4% für die Europäische territoriale Zusammenarbeit, findet die ausdrückliche Unterstützung der Netzwerke „Cities for cohesion“ und „Capital Regions and Cities“. Wir empfehlen nachdrücklich, diese Verteilrelation zwischen den drei künftigen Zielen beizubehalten, ungeachtet des Umfangs des für die Regionalpolitik zur Verfügung stehenden Gesamtbudgets.*

Die Konzentration auf die Unterstützung der rückständigsten Mitgliedstaaten und Regionen demonstriert deutlich den der Europäischen Regionalpolitik innewohnen solidarischen Charakter.

Europa sieht sich vielschichtigen Herausforderungen gegenüber. Aktuelle Analysen zur Umsetzung der Strategien von Lissabon und Göteborg zeigen, dass mehr getan werden muss, damit Europa seine ehrgeizigen Ziele erreicht. Deshalb begrüßen wir das klare finanzielle Engagement der Kommission für alle Regionen außerhalb des Ziels 1. In unseren vorangegangenen Positionspapieren haben wir hervorgehoben, dass den Herausforderungen und Chancen der städtischen Ballungsgebiete in der EU durch ein glaubwürdiges, finanziell ausreichendes Finanzinstrument und durch eine echte städtische Dimension in der Europäischen Regionalpolitik Rechnung getragen werden muss. Angesichts des Hervorhebens der Lissabon-Strategie im Kohäsionsbericht bitten wir die Kommission dringlich, die Bedeutung dieses Ziels zu unterstreichen, da eine Konsolidierung der Erfolge auf den damit verbundenen Gebieten wichtig ist.

In Bezug auf URBAN+ meinen wir, dass die politische Botschaft klarer wäre, wenn, unter Berücksichtigung der verschiedenen nationalen Charakteristika hinsichtlich der Stadtentwicklung in jedem Mitgliedstaat, ein spezifischer Prozentsatz für städtische Ballungsgebiete vorgesehen würde.

- **N+2**

Wir begrüßen, dass die Kommission den Schwerpunkt auf die Qualität der Projekte setzt. Wenngleich wir die Regelung „N+2“ unterstützen, empfehlen wir einen flexibleren Ansatz, der eine längere Periode zu Beginn der Programme und für Großprojekte einschließt. Diese größere Flexibilität ist besonderes für die neuen Mitgliedstaaten wichtig.

- **Staatliche Beihilfen**

Zielgerichtete staatliche Beihilfen spielen weiterhin eine tragende Rolle bei der Wiederbelebung benachteiligter städtischer Gebiete. Angesichts der Notwendigkeit,

städtische und regionale Wirtschaftsentwicklungen nachhaltig und effizient zu stimulieren und zu befördern, begrüßen wir den Vorschlag der Kommission für einen flexibleren Ansatz bei der de-minimis Regelung, insbesondere dann, wenn solche staatlichen Beihilfen keine Verzerrungen im EU-Handel hervorrufen.

Vorschläge, Regionalkarten für staatliche Beihilfen auf städtische Gebiete innerhalb des Ziels „Konvergenz“ anzuwenden, können diese Gebiete und ihre Entwicklung ernsthaft beeinträchtigen. Es ist unwahrscheinlich, dass für Unternehmen Anreize bestünden, auf städtischen Brachflächen zu investieren, wenn sie großzügige Beihilfen für ihre Baumaßnahmen „auf der grünen Wiese“ am Rande von Ballungsräumen erhielten.

Im Zusammenhang mit der Erneuerung städtischer Gebiete würden wir einen fortgesetzten Dialog mit der Kommission im Rahmen der Überprüfung ihrer Beihilfenpolitik, insbesondere hinsichtlich der Gestaltung von Leitlinien, Ausnahmen und Rahmenbestimmungen zur Förderung der Stadterneuerung begrüßen.

**Brüssel, im April 2004**

Unterzeichner:

Association of London government

Barcelona

Berlin

Region Frankfurt Rhein Main

Greater Manchester

City of Helsinki

Uusimaa Regional Council

Ile-de-France

Comunidad de Madrid

Malmö

Turku

Wien

Diputació de Barcelona

Für weitere Informationen zu diesem Dokument wenden Sie sich bitte an:

Nicola Schmeling  
Berlin office in Brussels  
Avenue Michel-Ange 71  
B-1000 Brussels  
Tel: 0032-2-738 00 74  
Fax: 0032-2-732 47 46  
e-mail: nicola.schmeling@lvbe.verwalt-berlin.de

oder besuchen Sie unsere Internetseite: [www.citiesforcohesion.org](http://www.citiesforcohesion.org)